

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Fraport: Heiße Luft statt Fakten

Wer reich ist, ist einflußreich. Er kann sich eigentlich alles kaufen. Auch Meinungen. Aktuell die von Fraport bestellte und bezahlte Studie. Die Fraport berichtet anschließend über die „stark angewachsene Zustimmung der Bevölkerung im Umland“. Es wurde nicht verraten – auch auf Journalistennachfrage nicht – wer befragt wurde, was man unter „Umland“ des Flughafens verstehen darf, welche Fragen gestellt wurden.

Allerdings, realistisch sollte man auch sein: Die Lobby-Arbeit des Flughafenbetreibers Fraport zeigt Wirkung. Wenn selbst die Bundeskanzlerin und die ganze SPD-Spitze den Ausbau pathetisch als „nationale Aufgabe“ wertet, schlägt diese Einschätzung bis in den Hintertaunus durch.

Außerdem: Die Bewohner der Region haben zunehmend Angst um den eigenen Arbeitsplatz. Da ziehen Arbeitsplatzversprechungen.

Nur – auch bei Fraport wird hart rationalisiert. Fraport berichtet über kräftig gestiegene Gewinne, kündigt aber gleichzeitig an, dass das Sparen ebenso kräftig weitergehen werde. Nach Tarifentlohnte Dauerarbeitsverhältnisse werden immer häufiger in befristete Billigjobs umgewandelt. Wenn da die „hohen Erwartungen in die Jobmaschine“ nicht in bitterer Enttäuschung enden. Hat man das den Menschen, die angeblich ihre Hoffnung in den Ausbau setzen, offen gesagt? Oder bei der Lärmbelastung, wo wohnen denn die 44%, die sich nicht gestört fühlen. Tatsächlich im Flughafen-umland?

Obwohl fast zwei Drittel der Befragten der Auffassung sind, dass der Fluglärm insgesamt und die Nachtflüge im Besonderen zugenommen haben, sind sie angeblich dennoch für die vierte Piste und das dritte Terminal. Der vermeintliche

Widerspruch ist wohl vor allem Ausdruck der Hoffnung, mit dem Wohlergehen des Airports sei auch die Prosperität der Region verbunden. Da wird die Erkenntnis, dass noch mehr Flugzeuge auch noch mehr Lärm bedeuten, lieber nicht wahrgenommen.

Jobmaschine oder Jobkiller?

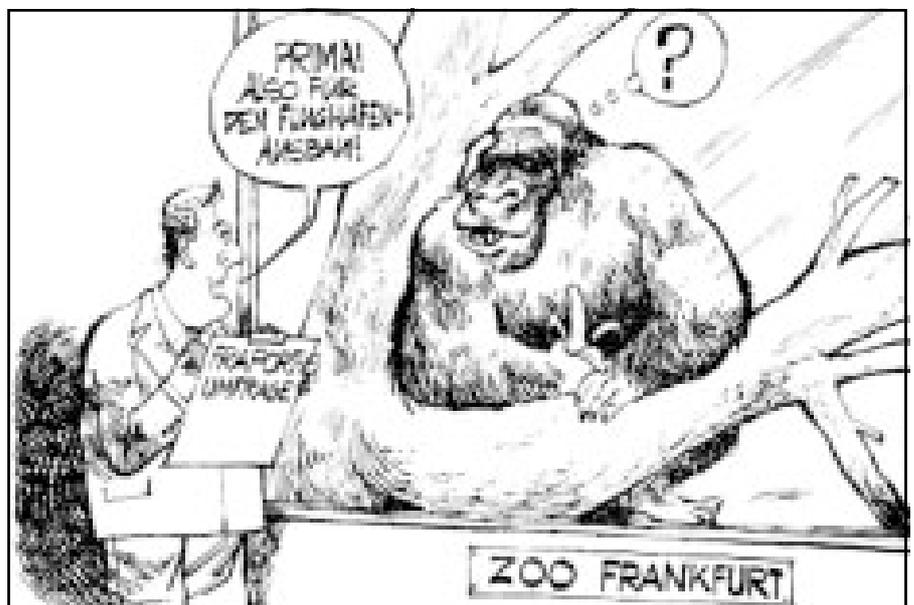
Versprechungen gibt es genug. Roland Koch verspricht 100.000 neue Jobs dank einer zusätzlichen Landebahn. Zu schön um wahr zu sein. Wie viele *wegfallen*, wenn die wachsende Frankfurter Fliegerei immer mehr Kaufkraft und Wertschöpfung bei anderen Branchen, anderen Regionen abzieht, das haben sie gar nicht untersucht. Man kann halt jeden Euro nur einmal ausgeben. Mehr Flugreiselust bedeutet z.B. auch weniger Kino, Ausgehen oder Bahnfahren. Seit Wiedererlangung der Lufthoheit vor 50 Jahren hat die Bahn weit mehr Jobs eingebüßt, als in allen Branchen der Luftfahrt ent-

standen sind. Wachsende Flughafeninfrastruktur hat keinen Einfluss auf die Beschäftigung. Mit anderen Worten: Ebenso viele Jobs, wie bei der Luftfahrt entstehen, fallen woanders weg.

Inzwischen ist es wohl noch schlimmer: unter den hochentwickelten Ländern der EU hat Deutschland das dichteste Flughafenetz und die höchste Arbeitslosenquote. Besteht da ein Zusammenhang? Offensichtlich: Denn das Flugzeug ist das Instrument der Globalisierung.

Die Konsumenten erreichen auf dem Luftweg die billigeren Ferienbetten, die Industrie mit dem Frachtflieger die billigeren Arbeitskräfte. Immer mehr Werkhallen stehen bei uns leer, weil die Waren zwischen Arbeits- und Absatzmärkten so billig zirkulieren können. 60 Mrd. Euro Kaufkraft entziehen wir als Touristen alljährlich der Volkswirtschaft.

Diese Fakten wurden bei der bestellten Fraport-Befragung mit Sicherheit nicht angesprochen.





Krieg und Frieden Rüstung und Profit

Waffenstillstand im Libanon. Der Krieg jedoch ist noch lange nicht zu Ende. Auf der israelischen Seite gab es 154 Tote und viele Verwundete. 3970 Raketen sind auf Israel abgefeuert worden. Auf der libanesischen Seite wurden bis jetzt 1000 tote Zivilisten und Tausende Verwundete gezählt. Es gibt eine unbekannte Zahl toter und verwundeter Hisbollah-Kämpfer. Es gab mehr als eine Million Flüchtlinge auf beiden Seiten. Die libanesische Infrastruktur und ganze Stadtviertel wurden zerstört. Ungeheure Umweltschäden gab es an der Küste. Viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land waren empört über die Angriffe der israelischen Armee und Luftwaffe. Es gab überall Friedensdemonstrationen (unsere Fotos: eine Demonstration in Frankfurt). Auch in Israel gab es große Friedensdemonstrationen. Aber: Es gab auch bei uns Verständnis für Israel und den Kampf gegen die Hisbollah.

Festhalten sollte man:

- An der Wiege der Gründung des Staates Israel stand der von der Sowjetunion mitgetragene Beschluss, dem nach dem Holocaust fast ausgelöschten jüdischen Volk eine staatliche Existenz und Überlebenschance in Form der Gründung des Staates Israel zu verschaffen.
- Der Staat Israel hat ein Lebensrecht. Notwendig ist die friedliche Koexistenz.
- Die israelische Regierung betreibt seit Jahren eine aggressive Unterdrückungspolitik gegenüber den Palästinensern.
- Terrorakte von Hamas und Hisbollah und vielen anderen Organisationen sind zurückzuweisen.
- Die militärischen Gegenschläge Israels waren völlig überzogen. Das war Staatsterrorismus. Die israelische Regierung hat damit vor allem Bush einen Gefallen erwiesen.



Die Lösung - und das ist das, worauf es heute ankommt - kann nur in der Verwirklichung des historischen Teilungskompromisses liegen: die Existenz von zwei unabhängigen Staaten Israel und Palästina, gegenseitig anerkannt und von den umliegenden Nachbarn akzeptiert. Die israelische Unterdrückungspolitik muss beendet werden. Weder blinde Solidarität mit Israel noch die Verbrüderung mit reaktionär-nationalistischen arabischen Kräften kann dabei der Weg sein. Dieser liegt ausschließlich in der Parteinahme für Frieden und Völkerverständigung. Die Lösung kann nur darin bestehen, dass sowohl Israel wie Palästina (und natürlich auch der Libanon) sich als souveräne Staaten in international garantierten Grenzen entwickeln können und im Inneren beider Staaten sich progressive laizistische Kräfte durchsetzen, die sich von den Prinzipien der friedlichen Koexistenzpolitik leiten lassen. Doch daran haben die USA und die Reaktionen in den betreffenden Nah-Ost-Staaten natürlich kein Interesse.

Bemerkungen zum Schluß:

Kaum schweigen die Waffen, sehen wir das internationale Kapital in den Startlöchern, um die libanesische Infrastruktur wieder herzustellen. Auch die großen deutschen Baufirmen wittern gewaltige Profite. Eine alte Geschichte: Soldaten fallen, Aktien steigen.

Kaum ist Waffenstillstand, will Deutschland zwei U-Boote an Israel liefern - die Bundesregierung hat zugesagt, bis zu 333 Millionen Euro (beiläufig: das sind „Steuergelder“) und ca. ein Drittel der Kosten zu übernehmen.

Gleichzeitig wurde gemeldet:

Die Bundesregierung will jetzt auch noch in den Nahen Osten Soldaten schicken und Verteidigungsminister Jung (CDU) will Waffen für sechs Milliarden Euro kaufen. Neue Fregatten, U-Boote und eine neue Generation geschützter Transportfahrzeuge für Auslandseinsätze sollen beschafft werden. Transporthubschrauber werden modernisiert.

Wie gesagt: „Der Krieg jedoch ist noch lange nicht zu Ende.“ R. Hechler

Herbstaktionen gegen Sozialkahltschlag

Nach dem Beschluß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), am 21. Oktober fünf Großdemonstrationen gegen die „Reformpolitik“ der Bundesregierung durchzuführen, haben nun auch Sozial- und Erwerbsloseninitiativen mit der Vorbereitung von Herbstaktionen begonnen.

Sehr lesenswert

Wochenzeitung der DKP
 Probeexemplare:
 Neue Impulse Verlag
 Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
 e-Mail: NeueImpulse@aol.com



Sie interessieren sich für
 Kommunalpolitik?
 Sie wollen mehr wissen?
 Sie wollen mitreden?

Rufen Sie uns an: 23366

Im Internet finden Sie uns unter:

www.dkp-mw.de

Vorankündigung

Am 11.11.2006 um 20 Uhr veranstaltet die Aktion Toleranz mit Unterstützung der Stadt Mörfelden-Walldorf, des Ev. Dekanats im Kreis Groß-Gerau und der Kreissparkasse ein Konzert mit der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano und ihrer Gruppe „Coincidence“ in der Evangelischen Kirche in Walldorf.

Esther Bejarano gehörte zum sogenannten „Mädchen-Orchester“ in Auschwitz. Zusammen mit ihren beiden Kindern gründet sie Anfang der 80er Jahre die Gruppe *Coincidence* mit einem Repertoire, das Lieder aus dem Ghetto, jüdische und antifaschistische Lieder und auch Lieder von Emigranten wie Tucholsky, Brecht und Eisler umfasst.

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

SPD für Nordwest-Bahn

Die SPD-Fraktion im hessischen Landtag wird die Nordwest-Variante des Flughafenausbaus mittragen, wenn dabei alle Ergebnisse des Mediationsverfahren berücksichtigt werden. Das hat der SPD-Fraktionsvorsitzende im hessischen Landtag Walter geäußert. Eine Festlegung der SPD wird die Abstimmung im Landtag über die erforderliche Änderung des Landesentwicklungsplans nach der Sommerpause erforderlich machen.

Walter ließ aber keinen Zweifel daran, dass er eigentlich nicht die Nordwestlandebahn, sondern eine Erweiterung im Süden für den richtigen Weg der Flughafenerweiterung hält. Die Landesregierung habe sich zu früh auf diese Ausbauvariante festgelegt. Da nun aber schon so viel Zeit verstrichen sei, werde die SPD auch diese Lösung mittragen, wenn dabei die Mediations-Grundlagen in die Tat umgesetzt würden.

Klimawandel bringt mehr Krach

Hervorgerufen auch durch die Luftfahrt selbst verursacht der Klimawandel ein miserables Flugwetter. Bei tropischer Hitze sinken Steigleistung und Steuerfähigkeit der schweren Langstreckenmaschinen bedenklich.

Zunehmend erzwingen heftige Unwetter abrupte Ausweichmanöver, zumal im Anflugsektor des Flughafens. Gefürchtete Windscherungen veranlassen zum Durchstarten, dauernd wird die Lande- richtung gewechselt. Die Anwohner werden immer öfter durch spektakuläre Ausweichmanöver der schwerfälligen Jets aufgeschreckt, hoch riskant die engen Kurven bei ausgefahrenen Klappen, Vorflügeln und Fahrwerk. Weitab vom Gleitpad geht es tief über die Wohngebiete. Wenn künftig noch eine Landebahn noch mehr Flieger anlockt, steigt das Absturzrisiko dramatisch an.

Dahilft auch kaum die wundersame Elektronik, dank derer die einst vielköpfige Besatzung auf zwei reduziert werden konnte.

SPD gegen Nordwest-Bahn

...so stehtes als Überschrift eines Artikels zur Haltung der SPD Darmstadt in der Presse. Obwohl die Landespartei noch über ihre Haltung zum Flughafenausbau diskutiert, macht man in Darmstadt Nägel mit Köpfen.

Doch die SPD-Leute sind keine Ausbaugesegner. Sie fordern die Südvariante. Sie meinen, damit mehr Ruhe für einige Stadtteile zu erreichen, weil die Startbahn West dann nicht mehr genutzt werden könne. Toll.

Den Kampf gegen weitere Lärmbelastung, Luftverschmutzung und Naturraumzerstörung gewinnt man nicht mit der Entsolidarisierung in der Region.

„Das Hemd ist mir näher als der Rock“, sagt das Sprichwort.

Oder - so denkt man bei der dortigen SPD - was geht mich Mörfelden-Walldorf an, wenn es doch in Darmstadt - vielleicht ein wenig ruhiger wird. rdrh

Der Flughafen ist nicht mehr zeitgemäß

Der Frankfurter Flughafen ist als einziges interkontinentales Luftfahrt Drehkreuz inmitten einer dicht besiedelten Metropolregion verblieben. Überall in Europa wurden solche Flughäfen geschlossen oder auf wenige Direktflüge ohne Nachtbetrieb reduziert. Die neuen Standorte liegen weit außerhalb der Zentren.

Wissen muß man: Die meisten Passagiere kommen nicht freiwillig, sie müssen hier umsteigen. Lieber wären sie vom Heimatflughafen direkt zum Ziel geflogen. Aber zunehmend wird jetzt angeboten: „Kein Umsteigen“. Wozu also das „Drehkreuz“, wozu der Riesen-Airbus A380 samt dessen überdimensionaler Wartungshalle? Kleinere, sparsame und leisere Langstreckenjets (Boeing 787) machen zahlreiche Zubringerflüge und den Klimakiller A380 überflüssig. Boeing hat beim Entwurf ihres „Dreamliner“ einkalkuliert, dass Mineralöl teurer wird, Kerosinsteuer und Emissionsrechtehandel kommt. Solche Weitsicht vermisst man bei Fraport und unserer Landesregierung.



Verkohlt

Der größte Waldvernichter der Region beschäftigt eine Försterin, die Kindern und Erwachsenen Märchen aus Wald und Flur erzählt. Das haben viele Leute kopfschüttelnd zur Kenntnis genommen.

Jetzt hat sich die Fraport etwas passenderes einfallen lassen: sie lässt einen Köhler antreten, der mit Musik von Tumultus Simplex und anderen im Wildpark einen Kohlenmeiler anwirft.

Das verstehen wir schon eher: Der Mann fällt Bäume und macht Kohle. Also dasselbe, was die Fraport mit der Startbahn 18 West gemacht hat. Und was sie auch mit der neuen Landebahn machen wird („Aktiv für die Region“); wenn man sie lässt. Überschrieben ist die Ankündigung mit „Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?“. Nun, die haben wir nicht. Aber wir lassen uns ungern verkohlen. Alfred J. Arndt

**Herzlichen Dank
allen,
die dem
»blickpunkt«
helfen.
Jeder Euro
hilft,
die Zeitung zu erhalten!**



**Das „blickpunkt“-Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419, BLZ 50852553**

Ein ganz normaler Vorgang

Das Darmstädter Traditionsunternehmen Nohl & Co. KG (auch in Mörfelden-Walldorf häufig tätig) beschäftigte einmal 600 Mitarbeiter im Rohr- und Anlagenbau und gab ca. 100 Auszubildenden Lehrstellen. 2004 wurde das gesamte Unternehmen zerschlagen. 450 Mitarbeiter gingen dabei an die HSE (Heag-Südhessische Energie AG) über. „Verhökert“ hat man 150 Mitarbeiter der „unrentablen“ Sparten Brandschutz und Elektronik. Nur 12 Monate später sind die meisten dieser 150 Kollegen mit der Sparte in Insolvenz – viele hiervon von Arbeitslosigkeit betroffen. Die 100 Ausbildungsplätze einfach wegradiert.

Für Außenstehende sind solche Ausgliederungen schwer verständlich. Eingebunden in ein Geflecht von Erst- und Zweitbesitzern, wandern viele Euros in unterschiedliche Kassen. Schon 2001 wurde Nohl an die Hessische Elektrizitäts AG (Heag) verkauft. Damals glaubte man an eine sichere Zukunft. 2004 wurde die Sparte Brandschutz an jemanden verkauft, der nebenher noch als Unternehmensberater für die Firma Nohl tätig war. Nach nur wenigen Monaten war diese Sparte wiederum Pleite und wurde neu aufgekauft. Jetzt heißt man „Vinci Energies“. Auch die an die HSE abgeschobenen Kollegen sehen heute einer ungewissen Zukunft entgegen.

HSE hat Einstellungsstopp und strukturiert um. Viele erhalten nur noch 80% ihres ursprünglichen Lohnes. Es sind die, die in einer Beschäftigungsgesellschaft auf die Arbeitslosigkeit warten. Bei Nohl noch tätig verzichteten sie auf Weihnachts- und Urlaubsgeld, im Glauben an die Sprüche ihrer Vorgesetzten. Dies wurde ihnen damals als Rettung für die Firma Nohl verkauft. Diese Vorgesetzten der Firma Nohl befinden sich heute bei der HSE in einer komfortablen Situation. Sie drohen ihren ehemaligen Nohlmitarbeitern mit Umstrukturierung und Kürzungen. Da wurde berichtet, dass ein Rechtsanwalt für Arbeitsrecht abriet eine Abfindungsklage gegen Nohl einzureichen. Heute ist der Grund klar: Dieser Anwalt arbeitet noch für die HSE in Darmstadt. Eine gewerkschaftliche Überprüfung ergab, dass bei einer Klage eine Abfindungszahlung möglich gewesen wäre. Es rächte sich, dass viele Nohl-Beschäftigte keine Gewerkschaftsmitglieder waren. Die gewerkschaftliche

Rechtsberatung hätte hier sicher manchem geholfen.

Keine Abfindungszahlungen, finanzielle und Zukunftsängste machen sich breit. „Meine Arbeitskraft wird in dieser Gesellschaft nicht mehr benötigt. Die Große Koalition aus SPD und CDU/CSU will mich gar bis 67 Jahren arbeiten lassen, obwohl ich heute schon nicht mehr vermittelbar bin“, klagt ein Arbeiter. „Ausgliederungen wie bei Nohl & Co. KG sind keine Lösungen für die Beschäftigten. Nur die Bosse kommen meist immer wieder gut unter“, so meint er.

Gewinne rauf - Löhne runter

Die Medien (z.B. FR, 25. August) berichten, dass es den Konzernen derzeit prächtig geht, aber die zu erwartende Konsumnachfrage zu wünschen übrig lässt. Die Konzerne - und nicht nur die ganz großen - handeln immer nach dem Motto: Gewinne rauf und Löhne runter. Wann aber werden die dicken Gewinne zu Investitionen und diese zu Arbeitsplätzen? Bisher war es doch oft so, dass nur investiert wurde um noch mehr zu rationalisieren und Arbeitsplätze abzubauen. Es ist dem Kapital halt eigen, nach Möglichkeit Maximalgewinne zu erzielen. Dies haben Sozialdemokraten leider vergessen, egal ob sie in einer rot-grünen oder in einer schwarz-roten Koalition regieren. Auch den Schwarzen, der CDU/CSU und auch der FDP, die immer noch dem Bürger vorgaukeln, sie seien für eine soziale Marktwirtschaft, ist zu bescheinigen, dass sie ständig dazu beitragen, eine dem Kapital genehme, unsoziale Marktwirtschaft zu stabilisieren. Der Staat hat auch in unserer Gesellschaft die Aufgabe, zu korrigieren, was der Markt an Einkommens-Schiefelage produziert hat. Doch die öffentliche Hand erfüllt ihre korrigierende Umverteilungsfunktion nicht. Dagegen werden im nächsten Jahr Arbeitern und Angestellten, Patienten, Arbeitslosen und Rentnern jene Milliarden weggenommen, die zugleich als Steuergeschenke an die Unternehmen verteilt werden.

Mit großem propagandistischem Aufwand wird versucht, den Bürgern täglich

Für ihn und viele Outgesourcte haben SPD, CDU/CSU, FDP und Grüne in den heutigen Zeiten keine Antworten mehr. Die Armut wird in Deutschland zunehmen, die Jugendarbeitslosigkeit wird steigen. Arbeitszeiten bis 67 Jahre werden die Situation noch verschärfen, nicht lösen. Deshalb ist die Ausbildungsabgabe der Unternehmen dringender denn je. Alle Jugendlichen gehören ausgebildet. Die Forderung an die Jugend „aus ihrer Zukunft etwas zu machen“, ist der zynische Versuch, die Schuld denen zuzuschieben, die für die Misere nichts können.

klarzumachen, dass der „Sozialstaat“ nicht mehr finanzierbar ist, dass das Ende der Fahnenstange längst erreicht ist, dass wir auf Kosten zukünftiger Generationen leben und dass deshalb mehr Eigenverantwortung notwendig ist. Immer wieder wird versucht Argumente einzustreuen, um die Jungen gegen die Alten, die Gesunden gegen die Kranken und die noch in Arbeit befindlichen gegen die Arbeitslosen aufzuwiegeln. Mit einer entsolidarisierten Gesellschaft sind alle als Reformen bezeichneten Schröpfungen der nächsten Jahre, wie Gesundheitsreform, Rentenreform, Steuerreform u.s.w. leichter durchzuführen.

Dagegen ist klarzustellen, dass die Einkommen aus Gewinn und Vermögen in diesem Land seit 2002 um 23 Prozent gesteigert wurden und dagegen die Arbeitnehmerentgelte auf ihrem Niveau verharrten, ja sogar teilweise rückläufig sind.

Höchste Zeit für stärkere Gegenwehr.

H.H.



Der „blickpunkt“
freut sich
auf Leserbriefe

Terror gegen Langzeitarbeitslose

In der herrschenden politischen und wirtschaftlichen Elite in Deutschland gibt es unabhängig von weitgehenden politischen Übereinstimmungen äußerst unterschiedliche Charaktere. Während die in Regierung und Fraktionsspitzen tätigen Politiker von Union und SPD ihre Pläne zur Verschärfung der sozialen Barbarei eher nüchtern-technokratisch umsetzen, lassen einige Parteifunktionäre ihrem unbändigen Haß auf die sozial marginalisierten Bürger der Bundesrepublik freien Lauf. Zu diesen Gestalten gehört CSU-Generalsekretär Markus Söder.

Guterholt und sonnengebräunt forderte er im TV-Sender N24 für Langzeiterwerbslose eine Art permanente Residenzpflicht. „Es gibt für die Hartz IV-Empfänger einen Urlaubsanspruch. Das geht nicht“, motzte Söder.

Söder spricht aus, was andere nur denken: Langzeiterwerbslose sind unnütze Schmarotzer, denen man als Strafe für ihre bloße Existenz das Leben auch über die rein materielle Armut hinaus zur Hölle machen muß.

Er ergänzt die von einigen Unionsfreunden in den vergangenen Monaten geäußerten Vorschläge zur täglichen morgendlichen Meldepflicht in kommunalen Sammelstellen und zur Einrichtung

von Gemeinschaftsunterkünften statt Übernahme der Mietkosten.

Unklar bleibt zunächst, ob das nur reaktionäres Gesabber ist oder ein gewisses politisches Kalkül beinhaltet. Immerhin geben derartige verbale Amokläufe den „Sozialpolitikern“ der Regierungsparteien die Möglichkeit, sich wortreich davon zu distanzieren und auf die eigenen „maßvollen“ Reformen der „Hartz-Gesetze“ zu verweisen. Als Stichwortgeber sind solche Propheten des antisozialen Terrors unverzichtbar.

Vieles von dem, was solche „Politiker“ in die politische Debatte einwarfen, wurde kurz darauf traurige gesetzliche Realität. Auch die Abschaffung jeglicher Zumutbarkeitsgrenzen für Erwerbslose und die flächendeckende Bespitzelung zur Ermittlung möglicher unterhaltspflichtiger Bedarfsgemeinschaften waren zunächst nur vermeintlich irrelevante Vorstöße, bevor einige Monate oder auch Jahre später eine Mehrheit der deutschen „Volksvertreter“ dafür ihre Hand hob.

Das Ende der Fahnenstange ist bei der Ausgrenzung und Demütigung von Erwerbslosen jedenfalls noch lange nicht in Sicht. Ohnehin ist der Terror gegen diese Bevölkerungsgruppe kein Selbstzweck, sondern Vehikel für das große Ziel der Neoliberalen: die drastische Absenkung der sozialen und tariflichen Standards für die breite Masse der noch regulär Beschäftigten.

Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff?

Die Ferien sind zu Ende. Die „Kanzlerin der Herzen“ aus den Dolomiten zurück. In der Tagespolitik redet man von der Trendwende am Arbeitsmarkt. Der internationale Währungsfonds (IWF) spricht von einer „kräftigen Belebung“ der deutschen Konjunktur.

Doch in harten Zahlen sieht diese „Belebung“ schon weit weniger kräftig aus. Von ohnehin nicht gerade üppigen 1,3 Prozent haben die IWF-Ökonomen jüngst ihre Wachstumsprognose für Deutschland 2006 auf gerade einmal 1,4 Prozent angehoben. Aber das reichte schon, um von der vereinigten neoliberalen Kampfpresse als großer Erfolg bejubelt zu werden. Wenn schon eine Prognoseanhebung von 0,1 Prozent Schlagzeilen macht, kann die Lage so rosig nicht sein. Und in der Tat, während noch die schwarz-rosane Regierung sich und uns den Aufschwung halluziniert, kracht es ringsum schon gewaltig.

So hat der Offenmarktausschuss der US-Notenbank (Fed) eine weitere Erhöhung des Leitzinses ausgesetzt. Nach den Zeiten des billigen Geldes, mit dem die letzte Krise bekämpft werden sollte, standen nun die Zeichen weltweit auf Zinserhöhung. Die Europäische Zentralbank (EZB) erhöhte kürzlich auf 3 Prozent, die Bank of England (BoE) auf 4,75.

Für Wirtschaftsminister Michael Glose galten die Zinserhöhungen als Beleg der konjunkturellen Konsolidierung. Er „vertraue darauf, dass die EZB bei ihren Entscheidungen im Blick behalten wird, dass die gestiegene Inflationsrate vor allem auch auf die vorübergehend hohen Energiepreise zurückzuführen ist.“ Die „vorübergehend hohen Ölpreise“ könnten sich allerdings, wie andere Traumgebilde des bayrischen Berufsoptimisten, eher in Luft auflösen als es Schwarz-Rosa lieb sein kann. Am 7. August notierte die Rohölsorte Brent in London bei 78,64 Dollar, und auch wenn der Preis wegen seines hochspekulativen Charakters nach solchen Spitzen regelmäßig nachgibt, ist doch der Trend unverkennbar. Und der zeigt nicht nach unten. Wesentlich bedeutender als der steigende Rohölpreis dürften aber die Konjunkturdaten aus den USA sein. Galt bislang das, zwar weitgehend kreditfinanzierte, aber doch nahezu unerschütterliche Wirtschaftswachstum der USA als gesetzte Größe, so sind in den Kerndaten nun einige Alarmzeichen zu erkennen.



„Marx ist tot - Jesus lebt!“, meinte vor Jahren Norbert Blüm. Heute würde er es nicht mehr sagen. Mittlerweile gibt es bei uns kaum noch jemanden, der glaubt, „der Markt wird es schon richten“. Marx und sein Kampfgefährte Engels, haben die Probleme auf die wir im „blickpunkt“ zeigen, schon vor 150 Jahren beschrieben. Ihre Texte sind hochmodern und aktuell. Was ist von ihrem Werk noch zu gebrauchen? Wer mit uns diskutieren oder bei uns mitmachen möchte, kann anrufen: 23366 oder 22362. Wir freuen uns über jeden Mitstreiter.

Erschreckend hohe Jugendarbeitslosigkeit

Wie das Statistische Bundesamt zum Tag der Jugend am 12. August mitteilte, betrug in Deutschland im zweiten Quartal 2006 die nach internationaler Definition ermittelte Jugenderwerbslosenquote 15,2 Prozent.

Die Erwerbslosenquote der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter lag im gleichen Zeitraum bei 8,1 Prozent. Damit sind junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren nach wie vor deutlich häufiger von Erwerbslosigkeit betroffen als Angehörige anderer Altersgruppen. Deutlich besser waren die Aussichten in unseren Nachbarländern Niederlande (6,0 Prozent), Dänemark (7,2 Prozent) und Österreich (8,4 Prozent) - allesamt Staaten, die sich auch in Bezug auf die Gesamtbevölkerung durch eine niedrige Erwerbslosigkeit auszeichnen.

Die hier vorgestellten Ergebnisse folgen dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), das aufgrund seiner großen Verbreitung und seiner Unabhängigkeit von nationalen Regelungen besonders gut für internationale Vergleiche von Arbeitsmarktdaten geeignet ist.

Herzlichen Dank

allen, die regelmäßig für den „blickpunkt“ spenden. So bleibt der „blickpunkt“ die „kleine Zeitung mit der großen Wirkung!“

Du bist die Zukunft

Ein junges Gesicht auf einem Plakat lacht mich an. Darunter steht „Du bist die Zukunft – mach was draus“. Richtig, denke ich, junge Leute sollen sich anstrengen, Super-Noten in den Schulen erzielen, hunderte Bewerbungen schreiben, sich von ebenso vielen Absagen nicht enttäuschen lassen. Statt einer Lehre eine weitere Lehrrunde (die meist eine Leerrunde ist) in irgendeiner Bildungseinrichtung machen, weitere Bewerbungen schreiben... Allein in Hessen fehlen über 15.000 Ausbildungsplätze. Ein Gesetz zur Ausbildungsabgabe liegt in den Schubladen, wird aber nicht angewendet.

Hat der junge Mensch dann Glück in irgendeinem Beruf zu landen, schwebt über ihm das Damoklesschwert nach der Ausbildung nicht übernommen zu werden, oder nur einen Zeitvertrag zu bekommen. Wer dann arbeitslos wird, hat noch die Möglichkeit zum Spargelstechen...

So sehen viele Berufsbiografien aus. Und da plakatiert die SPD „Du bist die Zukunft – mach was draus“. Der Zynismus ist nicht zu überbieten.

R. Dötsch

Bernhard Brehl auf dem Rückzug

Mit der Einführung von Franz Urhahn als Sozialdezernent, der zunächst ehrenamtlich mit 18 Stunden pro Woche die Verantwortung für 40% der Personalstellen bei der Stadtverwaltung wahrnimmt, hat Bürgermeister Brehl den Einstieg in den Ausstieg als Bürgermeister begonnen.

Die Grünen haben sich mit ihrer Koalitionsvereinbarung dafür entschieden, mit der SPD zusammen diese Stadt zu verwalten. Ein dritter Hauptamtlicher wurde dabei ausgeschlossen und den Grünen der Posten des Ersten Stadtrats nach der Bürgermeisterwahl 2007 zugesagt. Ob diese Rechnung von SPD und Grünen aufgeht, werden im nächsten Jahr maßgeblich die Wählerinnen und Wähler zu entscheiden haben.

Dass für den „Übergang“ die Grünen ungeachtet dessen erst mal ehrenamtlich in der Stadtverwaltung Einzug halten, heißt nicht, dass das die Stadt kein Geld kostet. Auf die Frage der DKP/Linke Liste im Haupt- und Finanzausschuss, was dieser neue Dezernent die Stadt kostet, konnte der Erste Stadtrat Becker keine Auskunft geben und es gibt darüber auch bis heute keine Auskunft. Klar ist allerdings, dass damit die Bürgerinnen und Bürger die Einstiegskosten für die SPD/Grüne-Koalition im Rathaus bezahlen.

Ob sich die Grünen mit der vorrangigen Orientierung auf die Präsenz in der Stadtverwaltung einen Gefallen getan haben - auch darüber werden bei nächster Gelegenheit die Wählerinnen und Wähler zu urteilen haben.

Und ob sich mit dem neuen Mann im Rathaus etwas im Interesse der Bürgerinnen und Bürger verändert, wird nicht zuletzt auch davon abhängen, wie diese selbst ihre Erwartungen an den Sozialdezernenten vortragen und vertreten.

Die DKP/Linke Liste wird in der Stadtverordnetenversammlung und außerparlamentarisch darauf drängen, dass nachwirkende positive Parlamentsbeschlüsse aus der Wahlzeit 2001-2006 umgesetzt werden und die Grünen nicht hinter ihre in der Opposition und im Wahlkampf vertretenen Positionen zurückfallen. Und wir werden auch weiterhin eigene und weitergehende sozialpolitische Forderungen einbringen.

Der Kampf der roten Kommune Mörfelden

Wie Mörfelden zu dem Namen

Klein Moskau

kam

Ein Hörbuch von Erich Schaffner

Erhältlich bei:
PROFIL Cuba Reisen
am Dalles

Ab
September '06
in der
Langener Str. 1
mitten in Mörfelden!

PROFIL
cuba - reisen
www.profil-cuba-reisen.de

★

Kulturreisen und Abenteuerreisen, Pilger und Nahrungsweltreisen
Fotoreisen und Sprachreisen, Sozialpolitische Reisen
Individuelle Reisen

★

Cuba, Venezuela, Chile, Bolivien,
Costa Rica, Brasilien – und vieles mehr!

Wenn Sie mehr wollen
als einfach nur Reisen,
dann kommen sie zu uns!

Ein kleiner Erfolg

In der vorherigen Ausgabe des „blickpunkt“ hatten wir unter der Überschrift „Bürgerfreundlich?“ angeprangert, dass die Stadt für Fahrradfahrer nicht nur zu wenig tue, sondern auch noch schwer zu erklärende Hindernisse aufbaut und Barrieren errichtet. Es war die Rede von dem Drängelgitter im Bereich Friedhofsweg am Fahrrad-Schleichweg zu den Märkten an der Gerauer Straße. Nun mussten wir feststellen, dass ein Querbügel des Gitters entfernt wurde und man leichter hindurch fahren kann. Der Einsicht des Bauamtes sei Dank.

Zu diesem Thema sei allerdings noch folgendes angemerkt: Mit der Entfernung eines Schrankenteils ist es leider nicht getan. Radfahrer können zwar wieder einigermaßen zum Einkaufen in die Märkte fahren, aber gefahrlos, gerade im Bereich der Überquerung Gerauerstraße ist dies nicht möglich. Hier muss sich die Stadt etwas einfallen lassen. Bis die geplanten Radwege entlang des Gärtnerweges und der Gerauer Straße realisiert sind – das wird bestimmt noch dauern – muss etwas geschehen. Zweckmäßig wäre, den entsprechend der Planung notwendigen Fußgänger- bzw. Radfahrerüberweg im Bereich Lidl-Markt schnellstens vorzuziehen und herzustellen. Den Radfahrern aus dem Mörfelder Wohngebiet westlich der Bahnlinie ist die gefährliche Strecke Gärtnerweg/Gerauer Straße nicht zu zumuten. H.H.

Kein Einzelfall

Jüngst war ich zu einer Grillparty eingeladen. Eine ehemalige Kollegin berichtete vom Ende ihrer Erwerbsarbeit. „Meine Abteilung wurde aufgelöst und ich wurde entlassen – mit 57 Jahren. Das Arbeitsamt stuft mich als ‚nicht vermittelbar‘ ein.

Das Arbeitslosengeld I wird nur noch zwei Jahre gezahlt.“

„Zum Glück“, so sagte sie wörtlich, „habe ich einen Bandscheibenvorfall erlitten. Damit ist es mir möglich die 11 Monate bis zur vorgezogenen Rente mit 60 Jahren teilweise zu überbrücken. Dann erwarten mich 18% Rentenabschlag. Ist das der Dank für 42 Jahre Arbeit?“

Leserbrief. Name der Redaktion bekannt

Leserbrief

Im letzten „blickpunkt“ wird unter der Überschrift „Bürgerfreundlich?“ die Verbauung der Radwegeverbindung über den Spielplatz Werneranne in Mörfelden kritisiert. Mit der Anbringung der Barriere ist dem Radfahrer zu oder von den Einkaufsmärkten an der Gerauer Straße die Passage kaum noch möglich. Unter dem Vorwand, die Radfahrer schützen zu wollen, vergrämt man sie. Der Radler wird ausgebremst, damit der Autofahrer ungehindert brausen kann. Die Straße zum Friedhof ist aber keine Durchgangs- oder Verbindungsstraße und kaum genutzt. Hätte nicht auch ein Hinweisschild auf Radfahrer und spielende Kinder ausgereicht? Die Autofahrer-Mentalität im Rathaus ist symptomatisch!

Name der Redaktion bekannt

Positives Echo

Die Ankündigung der DKP/Linke Liste, ihren Fraktionsvorsitzenden im Stadtparlament Gerd Schulmeyer als Kandidat zur Bürgermeisterwahl 2007 vorzuschlagen, hat in der örtlichen Presse und in der Bevölkerung ein lebhaftes Echo gefunden.

In vielen Gesprächen in den letzten Wochen wurde es begrüßt, dass es neben den von CDU und SPD angekündigten Kandidaten eine wählbare Alternative gibt.

Für uns ein deutliches Signal, dass der Beschluss, einen eigenen Kandidaten zu benennen, richtig war.

Schon gewußt?

Vor einigen Jahren fand unter dem Stichwort „Regionalisierung“ die Übertragung des Öffentlichen Personennahverkehrs“ auf die örtliche Ebene statt. „Wer bestellt, bezahlt!“ war die Devise. Um den Rückzug des Bundes aus der Nahverkehrsfinanzierung und steigende Kosten abzufangen, sind weitere Belastungen auf die Kommune gewälzt worden. Um 70.000,- Euro auf 284.467,- Euro steigen die jährlichen Aufwendungen von Mörfelden-Walldorf für den öffentlichen Nahverkehr. R. D.



Bereits zum neunten Mal wurde das Gelände am Bürgerhaus zur Freiluftgalerie. Acht Künstlerinnen und Künstler sind diesmal dabei.

Wer noch nicht dort war: bis zum 17. September gibt es noch die Kunstschau im Bürgerpark Mörfelden zu sehen.

Kennen Sie Tucholsky?



Lesung mit

**Arnim Reinert am
27. September 2006, 20 Uhr,
im Kulturbahnhof Mörfelden**

Arnim Reinert, der sich als „Anwalt der verbrannten Dichter“ versteht, liest aus Tucholskys Werken im Kulturbahnhof.

Im Eintrittspreis von 6,- Euro (erm. 4,- Euro) ist auch ein Glas Wein enthalten.

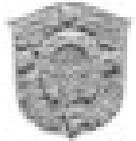
Vorverkauf im Kuba, in der Buchhandlung Giebel in Mörfelden und Walldorf, im Kiosk Eder in Walldorf oder unter Tel.-Nr. 06105/22417 oder 23903.

EINE VERANSTALTUNG DER
AKTION TOLERANZ

Stadtgeschichten



Die Emdener Riesengänse hatte in Mörfelden nur Heinrich Dammel („Wennels Heuner“) aus der Liebkechtstraße 26. Er war Mitglied im Geflügelzuchtverein und einige Jahre deren Vorsitzender. Diese Gänseart war überhaupt eine Seltenheit und etwa doppelt so groß wie normale Gänse. Wiegt eine „Normale“ geschlachtet bis zu sechs Kilogramm, kann eine dieser „Riesen“ das Doppelte an Gewicht erreichen. Riesengänse brüten ihre Eier nicht selbst aus. Zur Fortpflanzung genügte deshalb nicht nur ein Ganter, auch Gänserich oder in unserem Dialekt Gansert genannt, sondern es musste auch eine normale Gans bei der Herde sein. Dieser wurden die Eier, doppelt so groß wie normale Gänseeier und sechs mal so groß wie ein Hühnerei, untergeschoben. Sie konnte aber wegen der Größe nur sechs Eier ausbrüten. So hatten die Dammels jedes Jahr, von der Brütezeit im Februar bis zum Schlachten kurz vor Weihnachten, immer nur sechs „Riesen“ und eine kleine „normale“ Gans, „es Gänseje“ genannt, im Stall. Im Frühjahr und im Herbst wurden die Gänse gerupft und mit den Federn die Bettdecken der Familie gefüllt. Eine der Geschlachteten wurde selbst verzehrt und die übrigen zum Teil mit dem Fahrrad nach Frankfurt zum Verkauf gebracht. Von Ludwig Dammel, Jahrgang 1925, Sohn des obengenannten Heinrich Dammel, waren all die interessanten Einzelheiten zu erfahren. Er selbst musste als Kind noch die Gänse zweimal in der Woche durch die Liebkechtstraße und Seegasse zum Gänsbach, nahe Bachgasse, treiben. Auf dem Foto aus dem Jahre 1936 sehen wir seine Mutter Katharina Dammel geb. Jungmann, in Mörfelden auch „Bäckerschorschekätt“ genannt, beim Füttern ihrer Gänse.



KuBa

**Veranstaltungen
im
Kulturbahnhof
Mörfelden
im September 2006:**

14. September
Rettet das Vinyl
Schallplattenabend.
Lieder mit dem Anfangsbuchstaben O.
Beginn: 20 Uhr

24. September
Familienfrühstück
9.30-12.30 Uhr

27. September
Kennen Sie Tucholsky?
Lesung mit Arnim Reinert
Eine Veranstaltung der Aktion Toleranz
Beginn: 20 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Des nemm
isch uff
moin Buggel.